

***Perspektiven für die  
Verteidigungswirtschaft in Deutschland***

Rede

***Sigmar Gabriel***

*Bundesminister für Wirtschaft und Energie*

Anlass

Branchendialog Verteidigungswirtschaft

am 05. September 2014

Uhrzeit der Rede: 08.30 Uhr

In Berlin (BMWi)

Redezeit: 5 – 10 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrter Herr [REDACTED] [*Vorsitzender  
des BDI-Ausschusses für Sicherheit und CEO von  
Diehl Defence in Vertretung des BDI-Präsidenten  
Grillo*],

sehr geehrter Herr [REDACTED]  
[*Präsident Bundesverband der Deutschen Sicherheits-  
und Verteidigungsindustrie*],

sehr geehrter Herr [REDACTED]  
[*2. Vorsitzender der IG Metall*],

meine sehr verehrte Dame, meine  
sehr verehrten Herren,

ich freue mich, dass Sie meiner  
Einladung zu der heutigen  
Veranstaltung gefolgt sind.

Mit diesem Branchendialog  
„Verteidigungswirtschaft“ betreten wir  
Neuland.

Erstmals kommt es zu einem Meinungsaustausch zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und der Verteidigungsindustrie, dazu noch unter Beteiligung des BDI und der IG Metall.

In unserem Dialog wird es um die zukünftige Ausrichtung ihrer Branche gehen. Sie wird naturgemäß viel mehr als andere von politischen Entscheidungen – nicht zuletzt aus meinem Haus – betroffen. Für mich bedeutet das: Wir haben auch eine besondere politische Verantwortung!

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, stark verändert.

In Deutschland und überall in Europa nehmen die Streitkräfte sehr viel weniger Waffen ab als vor 1990.

Trotzdem brauchen wir in Deutschland auch in Zukunft eine innovative, leistungs- und wettbewerbsfähige nationale Verteidigungswirtschaft. Wir brauchen sie zu Landesverteidigung ebenso wie zur Erfüllung unserer Aufgaben im atlantischen Bündnis und der Europäischen Union.

Bei diesem Dialog geht es darum, was Sie als Vertreter der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, und was wir als politisch Verantwortliche dafür tun können, dass unsere Verteidigungswirtschaft auch in Zukunft als leistungsfähiger, innovativer und verlässlicher Partner erhalten bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht einfach. Dieses Gespräch findet aber unter ganz besonderen Bedingungen statt.

In den letzten Wochen hat die sich an einigen Orten zuspitzende internationale Lage zu einer intensiven öffentlichen Debatte über die Ausfuhr deutscher Waffen und Rüstungsgüter geführt.

Die Lieferung deutscher Waffen an die kurdischen Iraker und die Debatte darüber – nicht nur im Deutschen Bundestag – hat jedem vor Augen geführt, dass die Produktion und der Handel mit Rüstungsgütern in Deutschland kein ganz normales Geschäft ist.

Auch wenn es bei dieser Debatte sehr emotional zugeht, begrüße ich sie ausdrücklich. Denn sie trägt bei zu einer größeren Transparenz beim Umgang mit Rüstungsgütern in unserem Land.

Unter anderem durch solche Debatten wird öffentlich geklärt, nach welchen Regeln Waffen und militärische Ausrüstung in Deutschland produziert werden, und nach welchen Regeln mit ihnen gehandelt werden kann.

Ich weiß, dass jedes Unternehmen, dass in diesem Feld investiert, die engen Grenzen kennt, die das Grundgesetz [Artikel 26, Absatz 2 GG: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“], und davon abgeleitet das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz der Rüstungsproduktion und dem Rüstungsexport setzt.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag ausdrücklich dazu bekannt, diese strengen Regeln auch in Zukunft anzuwenden.

Die im Jahr 2000 beschlossenen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ sind verbindlich für unser Regierungshandeln.

Diese Politischen Grundsätze legen fest, dass die deutsche Rüstungsexportpolitik restriktiv zu gestalten ist. Sie muss sich „am Sicherheitsbedürfnis und außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland“ orientieren.

Das bedeutet:

Rüstungsexportkontrolle ist ein Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik, nicht jedoch der Wirtschaftspolitik.

Klar ist: Die Sicherheitslage in vielen Regionen der Welt ist so, dass sie sich nicht mit mehr deutschen Waffen verbessern lässt. Die Verhältnisse etwa im Nahen Osten und der Golfregion haben sich in den letzten Jahren dramatisch verändert.

Der veränderten Sicherheitslage müssen wir bei der Rüstungsexportkontrollpolitik Rechnung tragen.

Auch die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland spielt bei der Entscheidungsfindung eine herausragende Rolle.

Klar ist: Der Export von Rüstungsgütern kann unter diesen restriktiven Bedingungen nicht dauerhaft die sinkende oder stagnierende Nachfrage der deutschen Streitkräfte oder der von verbündeten Staaten ersetzen.

Trotzdem erfordert es die deutsche Rolle im atlantischen Bündnis und in der EU, dass wir auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb um militärische Ausrüstung bestehen können.

Dazu brauchen wir neben innovativen Mittelständlern und leistungsfähigen Spezialanbietern [*Beispiele: U-Boote, Unterwassertechnologien, Radare, gepanzerte Fahrzeuge*] auch Systemhäuser, um auf den zunehmenden Bedarf nach komplexen Angeboten reagieren zu können.

Hier sind natürlich die Unternehmen an erster Stelle gefordert. Aber ich wiederhole es: Hier sehe ich auch die Politik in der Verantwortung.

Welche Strategien wir hier gemeinsam verfolgen sollten, möchte ich heute mit Ihnen diskutieren.

Es ist durchaus nicht meine Politik,  
Unternehmen bei Ihren  
Exportaktivitäten zu behindern.

Im Gegenteil, dort wo Industrie und  
Politik gemeinsame Interessen haben,  
werden wir Sie sogar stärker als  
bisher unterstützen [*Beispiele folgen im  
nächsten Abschnitt*].

Ich will sogar noch einen Schritt  
weitergehen: Wir müssen die  
spezifischen Rahmenbedingungen für  
Ihre Branche deutlich verbessern.

Ich plane daher in enger Abstimmung mit dem AA [*es hat schon erste Gespräche gegeben*] und dem BMVg [*sollte nach dem Treffen am 05.09. rasch eingeladen werden*] dazu eine Initiative starten.

Ein wesentliches Ziel der heutigen Veranstaltung soll daher die Diskussion über wesentliche Eckpunkte einer umfassenden politischen Flankierung sein.

Aus meiner Sicht kämen dafür folgende Aspekte in Betracht:

1. Wir brauchen einen neuen Anlauf für eine Konsolidierung in der nationalen Verteidigungsindustrie. Sie ist für mich wichtige Voraussetzung für dringend notwendige europäische und internationale Kooperationen.
2. Wir müssen den europäischen Harmonisierungsprozess in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie aktiver als bisher vorantreiben.
3. Die deutsche Verteidigungsindustrie muss stärker als bisher die Wachstumsperspektiven auf den Märkten der zivilen Sicherheit nutzen.  
Die Politik ist bereit, sich hier noch intensiver zu engagieren.

4. Wir müssen gemeinsam vermehrt in Forschung und Entwicklung investieren.

Ich plane dazu ein spezielles Innovationsförderprogramm.

5. Die Bundesregierung wird sich stärker als bisher um eine exportpolitische Flankierung bemühen, wo immer wir gemeinsame Vorstellungen haben. Dies gilt auch für Exporte in sogenannte Drittstaaten, die im Rahmen der Exportpraxis beliefert werden können.

6. Ich werde mit

Verteidigungsministerin [REDACTED]

[REDACTED] über die geplanten

Beschaffungsvorhaben der

Bundeswehr sprechen, damit Sie

wieder langfristige

Planungssicherheit erhalten.

7. Besonderes Augenmerk gilt der

Unterstützung des wehrtechnischen

Mittelstands.

Selbstverständlich kann dieser

Katalog noch um weitere Punkte

erweitert werden.

Wir sollten uns heute darauf verständigen, dass wir mit BMVg und AA gemeinsame Arbeitsgruppen bilden, um bei allen relevanten Themen rasch zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf das Gespräch mit Ihnen!